Namslauer Stadtblatt

Täglich erscheinende Zeitung für Stadt und Kreis Namslau.

Amtlicher Anzeiger für die städtischen Behörden

Bezugs-Preise:

Das „Namslauer Stadtblatt" erscheint wöchentlich sechsmal: Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Sonnabend und Sonntag und kostet in der Geschäftsstelle, sowie in den Verkaufsstellen monatlich 1,35 Goldmark. Postbezüge nur für den Kalendermonat. O ferien- und Nutzungsgebühr 90 Goldpfennig. — Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Für richtige Wiedergabe undeutlich geschriebener oder durch Fernsprecher übermittelter Anzeigen wird keine Gewähr geleistet.

60. Jahrgang.

Fernsprecher 94.

Anzeigen-Preise:

Für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Goldpfennig, für Auswärtige 25 Goldpfennig, im Reklameteil (am Schluß des redaktionellen Teils) die einspaltige Petitzeile 75 Goldpfennig. **Schluß der Anzeigenannahme bis 8 Uhr vormittags am Erscheinungstage, für größere Anzeigen jedoch schon tags zuvor bis 10 Uhr vormittags. — Für Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. — Kleine Anzeigen nur gegen Vorauszahlung.**

Druck, Verlag und Expedition: Namslauer Druckerei-Gesellschaft m. b. H., Namslau, Andreas-Kirchstraße 13.
Verantwortlich für den Gesamtinhalt: Hans Ließe, Wilkau.

Nr. 9. | Dienstag, den 12. Januar. | **1932.**

Präsidentenwahl noch nicht entschieden.

Volks- oder Parlamentswahl?

Der Stand der Verhandlungen.

Ueber den Inhalt der Unterredung Hitlers mit dem Reichskanzler sind in der Presse allerlei Kombinationen verbreitet, doch ist über die Tatsache hinaus, daß Hitler erst mit Hugenberg Fühlung nehmen will, ehe er dem Kanzler offiziell seinen Standpunkt mitteilt, noch nichts Positives bekannt.

Richtig ist allerdings, daß Hitlers Auffassung dahingeht, daß eine Verlängerung der Amtsperiode des Reichspräsidenten nicht dem Sinne der Verfassung entspricht, und daß im übrigen dem Volk Gelegenheit gegeben werden muß, seine wahre Meinung zum Ausdruck zu bringen. Die innerpolitische Entwicklung, die bisher bei den verschiedensten Gelegenheiten (Gemeindewahlen, Landtagswahlen) bereits zum Ausdruck gekommen sei, dürfe nicht dadurch unterbrochen werden, daß die verfassungsmäßige Reichspräsidentenwahl ausgesetzt werde. Falls aus außenpolitischen Gründen die Verlängerung der Amtszeit Hindenburgs für notwendig erachtet würde, so müsse dem Volk auf andere Weise Gelegenheit gegeben werden, seinen Willen kundzutun.

Hugenberg trifft erst am heutigen Sonnabend in Berlin ein, und vor der Unterredung der beiden Parteiführer wird sich über den Ausgang der ganzen Aktion kaum etwas sagen lassen.

Von den Reichstagsfraktionen hat sich bisher nur die Wirtschaftspartei mit dem Plan einer Verlängerung der Wahlzeit des Reichspräsidenten befaßt. Die Deutschnationalen werden erst heute nach der Zusammenkunft Hitler-Hugenberg dazu Stellung nehmen, und die Sozialdemokraten werden sich Anfang nächster Woche damit befassen. Die für Dienstag angesetzte Sitzung des Aeltestenrates wird jedoch auf alle Fälle stattfinden, und es ist zu erwarten, daß bis dahin die Frage in dem einen oder dem anderen Sinne entschieden ist.

Ueber die Haltung der Sozialdemokraten verlautet bisher, daß sie dem Plan zustimmen werden, wenn die Rechte an ihre Zustimmung keinerlei Bedingungen knüpft.

Hervorzuheben ist dabei, daß man sich auf allen Seiten bemüht, die ganze Frage so sachlich und würdig zu behandeln, wie es der Person Hindenburgs entspricht. Selbst die Auseinandersetzung zwischen Nationalsozialisten und Sozialdemokraten geht in der Form nicht über diese Grenzen hinaus, wenn auch der „Völkische Beobachter" mit ziemlicher Schärfe betont: „Der „Vorwärts" hat gar kein Recht, von Bedingungen und Gegenbedingungen zu reden, sondern müßte anstandshalber anerkennen, daß jede nationalsozialistische Zusage zunächst einmal die Wiederherstellung gleicher verfassungsmäßiger Rechte für alle politischen Parteien, also auch für die vor allem in Preußen fortgesetzt schikanierte NSDAP als Mindestforderung haben müßte."

Was die Auslandspresse sagt

In der ausländischen Presse hat die Unterredung Brünings mit Hitler naturgemäß ziemliches Aufsehen erregt. Das „Echo de Paris" unterstreicht besonders, daß Hitler diesmal nicht um die Unterredung gebeten habe, sondern daß er diesmal von der Reichsregierung selbst zu der Unterredung eingeladen worden sei. Das Blatt glaubt nicht, daß Hitler sich jemals zu einem Zugeständnis in der Frage der Präsidentenwahl bereiterklären wird, ohne dafür weitgehende Zugeständnisse auf außenpolitischem Gebiet zu verlangen. Auf der Lausanner und Genfer Konferenz würde der Schatten Hitlers mehr denn je hinter der schmalen Silhouette des Reichskanzlers erscheinen.

Die Londoner „Times" sagt, die Politik der Brüning-Regierung sei schon seit einiger Zeit ein vermäßerter Nationalsozialismus. Man werde kaum überreden, wenn man Dr. Brüning und seine Kollegen als die ersten praktischen Nationalsozialisten anspreche, und viele Personen in hohen Stellungen würden kaum ableugnen, daß sie im Grunde ihrer Herzen Nationalsozialisten seien.

Eine andere englische Zeitung „News Chronicle" meint, die dramatische Unterredung bedeute die letzte Phase eines langen Kampfes um die Rettung Deutschlands. Friede und Wohlfahrt Europas würden von seinem Erfolg abhängen.

Hitlers Antwort an Brüning bevorstehend.

Berlin, 9. Januar.

Wie von nationalsozialistischer Seite mitgeteilt wird, wird Adolf Hitler am heutigen Sonnabend um 21 Uhr dem Reichskanzler bezw. den Reichsminister des Innern Groener seine endgültige Stellungnahme zu dem Plan der Verlängerung der Amtszeit Hindenburgs bekanntgeben.

Die Preußenwahlen.

Sie finden zum verfassungsmäßigen Termin statt.

Berlin, 9. Januar

Ein Pressevertreter hat dem Staatssekretär des preußischen Staatsministeriums Dr. Weismann die Frage vorgelegt, wie die preußische Staatsregierung zu den immer wieder auftauchenden Gerüchten stehe, es werde mit dem Gedanken einer Verschiebung der Preußenwahlen gespielt. Staatssekretär Dr. Weismann hat hierauf folgende Antwort gegeben:

Artikel 13 der preußischen Verfassung lautet: „Der Landtag wird auf vier Jahre gewählt. Die Neuwahl muß vor dem Ablauf dieser Zeit erfolgen." Da der derzeitige preußische Landtag am 28. Mai 1928 gewählt worden ist, so steht fest, daß der neue Landtag vor dem 20. Mai 1932 gewählt werden muß. Die preußische Staatsregierung als Regierung eines demokratischen Staates hat niemals daran gedacht, und denkt auch jetzt nicht daran, gegen diese klare Bestimmung der preußischen Verfassung zu verstoßen. Die Wahlen werden zum verfassungsmäßigen Termin stattfinden.

Außen-, Landes- und Wirtschaftspolitik

Stegerwald in Köln.

Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald äußerte sich in einer Rede vor den Vertretern des rheinischen Zentrums über die aktuellen Wirtschaftsfragen. Er sagte hierbei u. a.: Ausgangspunkt aller Wirtschaftspolitik sei die Rentabilität der Betriebe, ohne Rentabilität der Betriebe sei keine Wirtschaft in Ordnung zu bringen. Die Lohnfrage sei nicht das Primäre in der deutschen Wirtschaftspolitik. Das Primäre sei vielmehr die Preisfrage. Unbedingte Aufrechterhaltung der Währung, Erhaltung des kollektiven Arbeitsvertrages und des staatlichen Lohnschutzes, sowie die Rettung des Kerns der Sozialversicherung über die größte Krise, die die Sozialversicherung je zu bestehen hatte, bedeute ein grundlegendes Programm für die deutsche Arbeiterschaft

Küchenthal in Braunschweig.

In einer deutschnationalen Versammlung sprach Minister Dr. Küchenthal über die Politik des Landes Braunschweig. Er führte u. a. aus: Infolge der früheren beispiellosen Mißwirtschaft habe das Land Braunschweig mit seinen 500 000 Einwohnern eine Zinslast von 4,5 Millionen RM aufzubringen, die Gesamtverschuldung betrage sich auf 52,7 Millionen RM. Die verfehlte Finanzpolitik habe sich in einer Ueberbesteuerung der Bevölkerung ausgewirkt. Die Aussichten seien nicht rosig. Ueberall verzeichne man Steuerausfälle. Trotzdem werde er seine ganze Kraft einsetzen, um die Finanzen in Ordnung zu halten.

Goebbels in Hamburg.

Vor etwa 10 000 Zuhörern sprach hier Reichstagsabgeordneter Dr. Goebbels über das Thema „Deutschland vor der Entscheidung". Er sagte u. a.: Deutschland stehe vor den schwersten außenpolitischen Entschlüssen und Entscheidungen. Die NSDAP sei der Meinung, daß diese Entscheidung niemals ohne sie und gegen sie getroffen werden könne. Der gegenwärtigen Regierung sei überhaupt das Recht streitig zu machen, irgendwelche außenpolitischen Entscheidungen zu treffen. Die nationalsozialistische Bewegung sei entschlossen, die Macht auf legalem Wege zu übernehmen, müsse aber auch für sich in Anspruch nehmen, daß der Kampf gegen sie nur mit legalen Mitteln bestritten werde. Der Angelpunkt der ganzen Außenpolitik drehe sich heute um die Tribute. Deutschland sei, vielleicht zum letzten Mal, die Möglichkeit gegeben, seine Fesseln zu sprengen und den Weg der Wiedergeburt zu beschreiten.

Reparationspolitische Durchbruchsschlacht.

Bremen, 9. Januar.

In einer Rede über die politische Lage führte der Vorsitzende der Zentrumspartei, Prälat Dr. Kaas, aus, die zerstörenden Wirkungen der hartnäckigen französischen Tributpolitik seien heute in der gesamter Weltwirtschaft zu spüren. Die Aussichten für das Gelingen einer reparationspolitischen Durchbruchsschlacht — die entsprechende Zähigkeit und Widerstandskraft vorausgesetzt — seien deshalb jetzt besser als bisher.

Dr. Kaas ging dann auf die Frage der Reichspräsidentenwahl ein und setzte sich für die Verlängerung der Amtszeit Hindenburgs ein.

Deutschlands Polizei.

Eccards Erzählungen.

Angesichts der bevorstehenden Abrüstungskonferenz mehren sich in der französischen Presse mit unverkennbaren Zielen die Aufsätze über Deutschlands angebliche geheime Rüstungen. Im „Matin" äußert sich der rechtsradikale elsässische Senator Eccard über die deutschen Rüstungen, und zwar allem Anschein nach auf Grund von Material, daß Eccard von Professor Foerster erhalten hat. Wie verlautet, hat Foerster vor einiger Zeit an die Reichsregierung einen Brief gerichtet, worin er die Drohung aussprach, sein Material über geheime Rüstungen verschiedenen Persönlichkeiten zur Verfügung zu stellen.

Senator Eccard betont in seinen Veröffentlichungen den angeblich militärischen Charakter der Schutzpolizei. Er behauptet, daß Hamburg und München besondere Polizeitruppen haben, wodurch die Personalstärke um 20 000 und die Ausgaben um etwa 100 Millionen RM erhöht werden. Insgesamt beträgt nach der Darstellung Eccards der Aufwand für die Schutzpolizei 900 Millionen RM bei einer Stärke von 170 000 Mann. Von diesen 900 Millionen RM fänden 400 Millionen RM eine militärische Verwendung.

Es handelt sich um eine völlig unzutreffende Darstellung. Die Gesamtstärke der staatlichen Polizei der deutschen Länder, und zwar der uniformierten und Zivilbeamten und weiterhin aller Kategorien Schutzpolizei, Kriminalpolizei und Verwaltungspolizei, beträgt 105 000 Köpfe. Für die Polizei sind nach dem Haushaltsplan der Länder im Rechnungsjahr 1931 Mittel in Höhe von insgesamt 498 Millionen RM ausgeworfen. Senator Eccard hat die Zahl also nahezu verdoppelt. Wie dabei 400 Millionen militärische Verwendung finden sollen, bleibt Eccards Geheimnis, der außerdem wissen müßte, daß die Organisation der deutschen Polizei bis in die Einzelheiten von der Interalliierten Militärkontroll-Kommission festgelegt ist. Gänzlich unsinnig ist die Behauptung über besondere Polizeitruppen der Städte Hamburg und München. Eccard kennt anscheinend nicht die völlig verschiedene staatsrechtliche Stellung beider Städte. Hamburg hat als Land, wie alle deutschen Länder, eine Schutzpolizei. Ueber irgendwelche „besonderen Polizeitruppen" verfügt keine der beiden genannten Städte.

Polizei löst eine NSDAP.-Versammlung auf.

Berlin, 9. Januar.

Ein unerwartet schnelles Ende fand die erste große Kundgebung der Nationalsozialisten nach dem Weihnachtsfrieden im Sportpalast. Der große Raum war schon eine Stunde vor Beginn der Versammlung überfüllt. Auch Vertreter der dänischen und schwedischen Presse waren der Einladung zu der Veranstaltung, deren Thema „Das Jahr des Sieges" lauten sollte, gefolgt.

Zu Beginn der Versammlung untersagte ein Polizeibeamter in Zivil einer SA.-Abteilung das Absingen eines im Programm vorgesehenen Liedes. Dann erhielt Dr. Goebbels das Wort, und als er etwa 20 Minuten gesprochen hatte, wurde die Versammlung polizeilich aufgelöst. Nach Absingen des Wessel-Liedes löste sich die Versammlung unmehr auf. Der Abmarsch erfolgte in völliger Ordnung.

Reichsbahn fördert den freiwilligen Arbeitsdienst.

Berlin, 9. Januar. Die Reichsbahn gewährt Arbeitslosen, die sich dem freiwilligen Arbeitsdienst zur Verfügung stellen, vom 11 Januar ab für die Fahrt zwischen ihrem Wohnort und der Arbeitsstätte eine 50prozentige **Fahrpreisermäßigung.**

Das Schicksal von Lausanne.

Um die Vertagung.

London, 9. Januar

Die Auseinandersetzung über die Ziele, die der Konferenz von Lausanne gesteckt werden sollen, ist noch immer in vollem Gange. Der Meinungsaustausch geht im wesentlichen zwischen England und Frankreich, während die Vereinigten Staaten in ihrer stark betonten Reserve verharren.

Deutschland sieht zunächst keinen Anlaß, sich in die Diskussion einzumischen, die zwischen London und Paris geführt wird, denn der Wunsch, eine Front zu schaffen, in der sich die Schuldner der Vereinigten Staaten diesen gegenüber zusammenfinden, mag vom englischen wie vom französischen Standpunkt aus verständlich sein, Deutschland hat weder Anlaß noch Interesse, sich in diese Front einspannen und schließlich als Prügelknabe vorschieben zu lassen.

Im Grunde bleibt der wesentlichste Gesichtspunkt für Frankreich nach wie vor die Scheu vor einer endgültigen Lösung, für England das Streben nach Einschaltung der Vereinigten Staaten bereits in die jetzt beginnenden Auseinandersetzungen, wobei man in London offenbar immer noch hofft, Frankreich zu einer gemeinsamen Initiative veranlassen zu können, die den verständlichen amerikanischen Widerstand überwindet.

*

Die große Frage solchen Erwägungen gegenüber bleibt, wie man sich die Unterbrechung der Lausanner Verhandlungen denkt, und von der Beantwortung dieser Frage wird die Einstellung Deutschlands abhängen. Will man jetzt in Lausanne im Eiltempo auf ein Provisorium hinsteuern, das für eine längere oder kürzere Zeitspanne gelten und dann erst durch eine endgültige Lösung ersetzt werden soll, so daß tatsächlich ein provisorischer Abschluß der Lausanner Konferenz in Frage käme, dann wird sich die deutsche Politik solchen Bestrebungen mit aller Entschiedenheit widersetzen. Will man aber, worauf englische Aeußerungen schließen lassen, die Lausanner Konferenz einfach unterbrechen, um durch die anderen Konferenzen nicht gestört zu werden, und nach der Pause erst die Beratungen zum Abschluß und zu einer endgültigen Formulierung führen, will man also die Endlösung des Reparations- und Schuldenproblems als Ziel von Lausanne aufrechterhalten, dann wird über eine solche Pause auch mit Deutschland zu reden sein.

Um die Neubildung des französischen Kabinetts.

Paris, 8. Januar.

Die Gerüchte, nach denen Ministerpräsident Laval die feste Absicht haben soll, am Dienstag den Rücktritt des gesamten Kabinetts zu erklären, um sodann die Bildung einer Konzentrationsregierung zu versuchen, finden immer neue Nahrung. Angeblich hat Laval bereits Fühlung mit den Sozialisten und Radikalsozialisten genommen, um sie an der Regierungsführung zu beteiligen. Diese Absicht des Ministerpräsidenten ist jedoch von vornherein zu einem Mißerfolg verurteilt, da Radikalsozialisten und Sozialisten gar nicht daran denken, noch vor den Wahlen die Verantwortung an der Regierungsführung mit zu übernehmen und auf diese Weise ihrer Wahlpropaganda jede Wirkung zu nehmen.

Es ist auch nicht ausgeschlossen, daß Laval Paul-Boncour mit dem Außenministerium und Painlevé mit dem Kriegsministerium betrauen wird. Es wird sogar behauptet, daß Laval die Führung des Quai d'Orsay selbst übernehmen und seinem treuen Berater und Anhänger Tardieu das Kriegsministerium übertragen wolle. Ein abschließendes Bild läßt sich im Augenblick noch nicht geben, da von verschiedenen Seiten auch andere Namen genannt werden. So scheint man auch erneut an den ehemaligen Staatspräsidenten Doumergue als Außenminister zu denken, und daneben gehen die Wünsche des Kolonialministers Reynaud, des Finanzministeriums wieder zu übernehmen. Es ist jedoch nicht sehr wahrscheinlich, daß man eine so grundlegende Aenderung im Schoße der Regierung am Vorabend der Wahlen durchführen wird.

Briand muß sich schonen

Die Gerüchte, der Gesundheitszustand Briands erlaube ihm nicht, die Geschäfte des Außenministeriums weiterzuführen, werden offiziell als falsch bezeichnet. Sie scheinen aber nichtsdestoweniger begründet zu sein.

Die Aerzte, die Briand seit Jahren behandeln, haben erklärt, daß er unter keinen Umständen an den aufreibenden Arbeiten in Lausanne oder Genf teilnehmen könne und daß er sich mehr denn je schonen müsse.

Briand war nicht einmal in der Lage, der Leiche des verstorbenen Kriegsministers Maginots die letzte Ehre zu erweisen. Er ließ sich vielmehr durch eine hochstehende Persönlichkeit des Außenministeriums vertreten.

Neun-Mächte-Schritt in Tokio.

Initiative Amerikas auf Grund des Kellogg-Pakts.

Washington, 9. Januar.

Die Unterzeichner des Neun-Mächte-Vertrages von 1922 haben beschlossen, unter Berufung auf den Vertrag für die territoriale und politische Unantastbarkeit Chinas einzutreten. Die amerikanische Regierung hat bereits eine Note an China und Japan gerichtet, in der unter Hinweis auf den Neun-Mächte-Vertrag und den Kellogg-Pakt erklärt wird, daß die Vereinigten Staaten eine Gesetzlichkeit der augenblicklichen Lage nicht anerkennen würden. Ebenso wenig würden sie Abmachungen und Verträge zwischen Tokio und Nanking anerkennen, durch die Vertragsrechte Amerikas oder amerikanischer Bürger verletzt würden.

Die amerikanische Regierung hat den Anfang gemacht, weil der Neun-Mächte-Vertrag in Washington unterzeichnet wurde. Aus der Tatsache, daß der Vertrag die Nichtbefestigung der Philippinen als Gegenleistung für die offene Tür in der Mandschurei vorsieht, sind gewisse Folgerungen möglich.

Japan lehnt Einmischung ab.

Japanische Meldungen über die Aufnahme der amerikanischen Note in Tokio betonen, daß die Mandschurei nur Japan und China angehe und daß daher kein Grund zur Einmischung einer dritten Macht bestehe.

Attentat auf den Mikado.

Der Täter verhaftet. — Rücktritt des Kabinetts.

Tokio, 9. Januar.

Auf den Kaiser von Japan ist von einem koreanischen Kommunisten ein Bombenanschlag verübt worden. Der Kaiser blieb unverletzt. Der Täter wurde verhaftet.

Die Polizei hat sofort eine umfangreiche Untersuchung eingeleitet und teilt mit, daß der Bombenwerfer von der Kommunistischen Partei Koreas zu dem Anschlag angestiftet worden sei.

Das japanische Kabinett hat, wie es bei solchem Anlaß in Japan Sitte ist, seinen Rücktritt erklärt.

Das Attentat ist der vierte Angriff auf das Leben des jetzt dreißig Jahre alten Kaisers. Auch bei dem letzten Anschlag vor acht Jahren, als der heutige Kaiser noch Prinzregent war, ist das Kabinett zurückgetreten. Die jetzige Regierungskrise fällt in eine Zeit höchster politischer Spannung, da durch den amerikanischen Schritt im Mandschureikonflikt Japan vor die Notwendigkeit gestellt ist, sein Vorgehen gegenüber China international zu rechtfertigen und seine Stellung zu dem Washingtoner Abkommen zu bekennen. Das wird nun die Aufgabe eines neuen Kabinetts sein.

Auslands-Rundschau.

Polen fordert moralische Abrüstung.

Auf der am 11. Januar in Kopenhagen beginnenden internationalen Presseetagung wird u. a. das Memorandum der polnischen Regierung erörtert werden, das im Herbst 1930 dem Völkerbundssekretariat vorgelegen hat und das Forderungen zur moralischen Abrüstung Europas enthält. Es ist zu erwarten, daß dieses Memorandum zu lebhaften Auseinandersetzungen führen wird, da die polnischen Forderungen trotz ihrer allgemein gehaltenen Fassung eine deutliche Spitze gegen Deutschland, insbesondere die deutsche Presse, die deutschen nationalen Organisationen und die deutsche Schulpolitik enthalten.

Rücktrittsgesuch Briands?

Paris, 9. Januar.

Wie gerüchtweise verlautet, soll der französische Außenminister Briand dem Ministerpräsidenten Laval bereits sein Rücktrittsgesuch überreicht haben. Eine amtliche Bestätigung dieser Nachricht ist vorläufig nicht zu erhalten, da das Ministerpräsidium sich in Schweigen hüllt.

Wie weiter verlautet, soll Briand nach seinem Rücktritt das Amt eines Generalkommissars für Völkerbundsfragen angeboten werden.

Englische Reparationsdenkschrift?

Paris, 9. Januar.

Der Vertreter des britischen Schatzamtes, Leith-roß, ist wieder in Paris eingetroffen. In seinen Händen soll sich eine Denkschrift der englischen Regierung an die Adresse Frankreichs befinden. Wie dazu verlautet, ist die englische Regierung grundsätzlich zur Annahme eines zwei- bis dreijährigen Zahlungsaufschubs einschließlich einer Garantieklausel für beide Seiten bereit.

Italienischer Konsul niedergeschossen.

Paris, 9. Januar.

Auf den italienischen Konsul in Paris, Gentili, wurde vor dem Konsulargebäude ein Revolveranschlag verübt, wobei der Konsul einen schweren Oberschenkelschuß erhielt. Der Täter, ein Lehrer der italienischen Schule in Paris, wurde verhaftet.

Der italienische Konsul war gerade im Begriff, einen Droschkenführer zu entlohnen, als ein etwa 32jähriger Mann, der schon geraume Zeit vor dem Gebäude auf und ab gegangen war, auf ihn zutrat und aus kaum einem Meter Entfernung, vier Revolverschüsse abfeuerte. Der Konsul brach schwerverletzt zusammen. Der Täter flüchtete, gefolgt von einem Polizeibeamten und mehreren Zivilisten.

Nach einer wilden Jagd durch mehrere Straßen gelang es dem Beamten, dem Flüchtling bis auf einige Meter nahe zu kommen. Plötzlich drehte sich der Attentäter um und feuerte zwei Schüsse auf seinen Verfolger, die jedoch ihr Ziel verfehlten. Der Täter konnte schließlich überwältigt und abgeführt werden. Bei seiner Vernehmung erklärte er, den Mordanschlag aus persönlicher Rachsucht verübt zu haben, da er infolge des Eingreifens des Konsuls seinen Posten als Lehrer an der italienischen Schule in Paris verloren habe.

UM KAMPF UM OMEGA

Roman von Kurt Martin (Nachdruck verboten) | 8 | **Copyright by Verlag Neues Leben, Bayr. Gmain.**

„Wir sahen keinen Menschen, als wir den Garten betraten. Wachtmeister Treibel will anfangs wohl einen Schatten gesehen haben; aber er kann sich auch geirrt haben. Sie haben uns lange vor dem Hause warten lassen!"

„Sie sahen nichts? — Was stehen Sie denn noch hier? — Suchen Sie diesen Mann! Schaffen Sie mir die Papiere herbei!"

Er raufte sich verzweifelt das leicht ergraute Haar. „Die Papiere! — Ich muß die Papiere haben!" Er wankte. Ein Schwächeanfall übermannte ihn.

Klaus trat hinzu. „Vater, du mußt jetzt ruhen."

Der Professor lachte rauh auf. „Ich? Ruhen? Bist du ein Narr, daß du so sprichst? — Ich muß die Papiere wieder haben! Ich finde nicht eher wieder Ruhe, als bis diese Papiere wieder bei mir sind."

Ruth hatte die Fenster geschlossen. Sie flehte: „Vater, du darfst dich nicht so erregen."

Doch Klüber widersprach heftig: „Nichts da! Der Fall muß sogleich aufgeklärt werden!" Er griff sich an die Stirn. „Aber wie! — Wer war es? — Wo soll ich den Schurken suchen? Er gewinnt mit jeder Minute neuen Vorsprung!" — Er starrte Klaus an. „Aber den Schlüssel zu der Geheimschrift hat er nicht. Den besitzen nur wir! — Nützt uns das aber etwas? — Kann der Schuft nicht jederzeit hinter das Rätsel unserer Geheimschrift kommen!"

Der Kriminalkommissar gebot: „Sie müssen mir jetzt alles berichten, Herr Professor! Wie kommen ja sonst nicht weiter!"

Klüber sank auf einen Stuhl. „Ja — die Schurken! — Ja — ich sah also den Schrank — die verletzte Tür. Ich wollte hin. Da ist das Licht aus. Plötzlich. Der Schuft muß die Leitung in diesem Augenblick zerstört haben. Beim Fenster höre ich einen Schritt. Ich stehe hinter dem Vorhang. Einen Menschen hervortreten. Sehe einen erhobenen Arm, ein Messer. Ich greife zum Revolver. Er ist bei mir. Er schlägt meinen Arm beiseite. Er stößt zu. Da schützt mich die Brieftasche. Er sticht nochmals, mein Arm fängt den mörderischen Stahl auf. Dann lief es im Gang. Unten auf der Straße erklangen Pfiffe. Da floh der Mensch."

Der Kriminalkommissar atmete auf. „So, jetzt wissen wir wenigstens den Tatbestand!"

Klaus war zum Fenster getreten. Er zog den Vorhang beiseite. „Da, hier ist ein zweiter Schalter zur Deckenlampe, die Drähte sind durchschnitten."

Gespannt trat der Kommissar hinzu. „Der Einbrecher wurde anscheinend von Ihnen überrascht, Herr Professor. Er fand nicht mehr Zeit zur Flucht und verbarg sich hier hinter dem Vorhang. Als sie sich dem Schranke näherten, zerstörte er die Lichtleitung." Er befahl dem Wachtmeister: „Treibel, gehen Sie hinab in den Garten, suchen Sie unten alles nach Spuren ab! Aber Vorsicht bei Fußspuren! — Sie haben ja die Scheinwerferlampe mit."

Diensteifrig entfernte sich der Beamte.

Klaus Klüber erklärte jetzt: „Ich teile Ihre Ansicht nicht, Herr Kommissar. Der Mann, der dort den Schrank erbrach, der die gesamten Aufzeichnungen entwendete, hätte doch ganz gut durch das offene Fenster entfliehen können. Er muß ja meinen Vater schon gehört haben, als er den Garten betrat. Und überhörte er da sein Kommen, dann hätte er bestimmt aufmerksam werden müssen, als er unten im Hause meines Vaters Schritte vernahm. Warum floh also der Dieb dann nicht? — Er hätte sich ja auch noch rasch aus dem Fenster schwingen können, als mein Vater eintrat. Warum tat er es nicht? — Warum versteckte er sich hinter dem Vorhang? — Und vollends: Warum verhielt sich der Dieb nicht ruhig? Er hätte doch auch jetzt noch, als er die Lichtleitung zerstört hatte, leicht einen günstigen Augenblick zur Flucht finden können! Er floh aber nicht. Er kam hinter dem Vorhang vor und griff meinen Vater an. Er hatte es also darauf abgesehen, meinen Vater zu — ja, sicher wollte er meinen Vater töten."

Ruth seufzte: „Es ist das alles so grausig. Hättest du doch dies unselige Giftgas nicht erfunden, Vater!"

Der Professor, der bisher finster vor sich hingebrütet hatte, hob in heftiger Abwehr die Hand. „All diese Wenn und Aber sind jetzt zwecklos! Und was der Schurke mit mir vorhatte, spielt gar keine Rolle. Die Aufzeichnungen müssen herbeigeschafft werden! — Wenn ich nur wüßte, wer der Kerl war!"

Kommissar Norr machte sich eifrig Notizen. „Nach Lage der Dinge ist geplant gewesen, Ihre Aufzeichnungen zu stehlen, Herr Professor, und Sie gleichzeitig zu töten. Das ist ganz logisch. Man wollte damit verhindern, daß Sie noch weitere Forschungen auf diesem Gebiete machen könnten, daß Sie nicht etwa noch zu einer Erfindung kämen, die das von Ihnen jetzt entdeckte Giftgas in seiner Wirkung beeinträchtigen könnte. Es liegt hier wohl ein Akt schlimmster Spionage vor. Haben Sie einen Verdacht? Wer käme als Täter in Frage?"

Der Professor lachte zornig auf: „Das fragen Sie mich? Meinen Sie denn, ich säße noch hier, wenn ich auch nur eine Ahnung hätte, wer der Dieb gewesen sein könnte! — Es war ein auffällig großer, starker Mensch. Ich kenne keinen, der diesem Kerl ähnlich wäre."

Ruth flüsterte: „Die beiden Japaner? Dr. Kanomoki — Professor Komitako?"

Der Kommissar forschte: „Wer ist das?"

Klüber wehrte: „Kommen nicht in Frage! — Zwei japanische Gelehrte, die sich sehr für meine Universitätsvorlesungen interessieren!"

Er starrte den Sohn an. „Wenn Daniel Lokadziej groß und stark wäre — aber er kann es nicht gewesen sein. Ich traf ihn nach der Vorstellung noch im Theater. Er sprach so sonderbar. Frech eigentlich!"

Klaus staunte. „Er? Du hast doch immer seinen Stubenreiher und seine Bescheidenheit gerühmt!"

„Der Teufel traue diesem Menschen! — Aber er war es nicht. Der Kerl war ja viel größer und stärker."

Der Kommissar stellte einige Fragen nach Daniel Lokadziej. „Ich werde feststellen, was der Mann diese Nacht trieb, wo er war. — Aber der Fall kommt mir immer noch rätselhaft vor. Bei dem Erbrechen des Schrankes gab es unbedingt Geräusche. Niemand im Hause scheint dies aber gehört zu haben."

Klaus erklärte: „Ich kam mit meiner Schwester noch elf Uhr heim. Wir begaben uns sogleich in unsere Zimmer und legten uns schlafen. Ich war aber noch längere Zeit wach. Ich vernahm nicht das geringste Geräusch."

(Fortsetzung folgt.)

Bulgarien fordert Währungshilfe und Wehrpflicht

Sofia, 9. Januar.

Der bulgarische Ministerpräsident Muschanoff, der demnächst nach Genf fahren wird, erklärte in einer Pressebesprechung, Bulgarien werde im Interesse der Erhaltung seiner Währung fremde Hilfe erbitten. Ferner werde die Regierung, um die Ausgaben zu vermindern, auf der Abrüstungskonferenz die Abschaffung des Söldnerheeres und die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht in beschränktem Umfange beantragen.

Aus den Hochwassergebieten.

Erneutes Steigen der Mosel.

Die Mosel und auch mehrere andere Nebenflüsse sind infolge überreichlicher Niederschlagsmengen nicht unbeträchtlich gestiegen. Der Umfang der zu erwartenden Anschwellung der übrigen Nebenflüsse und des Rheins ist noch nicht zu übersehen.

Wasserschäden in Schleswig-Holstein.

Der heftige Sturm über Nordwestdeutschland hat in Schleswig-Holstein erhebliche Gebäudeschäden angerichtet. In Flensburg drückte er Fensterscheiben und Schaufenster ein, riß Schornsteine ab, beschädigte Hausdächer und verursachte durch Entwurzelung von starken Bäumen allerlei Verkehrsstörungen. In Schleswig wurde eine Scheune abgedeckt und eine Wand eingedrückt. Auch verschiedene Schornsteine stürzten ein. Die Ueberdachung des Bahnsteigs des Hauptbahnhofs ist fast vollständig heruntergerissen worden.

Beruhigung der Wetterlage im Küstengebiet.

Der Sturm über dem norddeutschen Küstengebiet hat sich gelegt. In Hamburg wurde nur noch Windstärke drei gemessen. Von den Küstenstationen der Nordsee wurden ebenfalls nur noch schwache Winde gemeldet.

Das Hochwasser in Holland.

Der Frachtdampfer „Stanvries IV" ist auf der Zuidersee gesunken. Die vierköpfige Besatzung dürfte ertrunken sein. Nach den Regenfällen der letzten Tage sind verschiedene holländische Flüsse weiter stark gestiegen. Die Schiffsbrücke bei Hedel mußte eingefahren werden, so daß nur noch Fährverkehr besteht.

Hochwassergefahr auch in Belgien.

Von verschiedenen Seiten werden Ueberschwemmungen gemeldet, die durch das Anwachsen der Flüsse hervorgerufen sind. Besonders ist das bei Namur, Charleroi und Verviers der Fall. Auch der Stromlauf der Maas gab zur Beunruhigung Anlaß.

Deichbruch in Ostfriesland.

Emden, 9. Januar.

Der nördliche Deich bei Holtgast an der Oldenburgisch-ostfriesischen Grenze ist gebrochen. Besonders bedroht sind, da das Wasser unaufhaltsam hereinströmt, die Dörfer Holtgast, Bokel und Augustfehn, mit deren Ueberfluten gerechnet werden muß. Das Wasser strömt auf Detern zu, wo es die Fernstraße Oldenburg—Leer erreicht. Trotz angestrengtester Arbeit hat sich die Dammbruchstelle in kurzer Zeit bis auf 20 Meter verbreitert.

Bei den Wassermassen handelt es sich vor allem um die Abwässer der großen Moore. Die üblichen Abzugsgräben sind infolge der heftigen Niederschläge und der Schneeschmelze bereits überfüllt. Die letzte Möglichkeit der normalen Entwässerung ist durch den Einsturz des Schöpfwerkes vernichtet.

Stahlhelm zur Präsidentenwahl.

In einer Führerbesprechung am Freitag in Magdeburg kam der Stahlhelm zu dem Schluß, daß die Verlängerung der Amtsperiode des Reichspräsidenten durch das Parlament den Präsidenten noch abhängiger von diesem machen würde. Dieses wäre eine Entwicklung, welche der alten Forderung des Stahlhelm, die Macht des Reichspräsidenten zu stärken, zuwiderlaufen würde.

2,57 Mark für ein Kalb.

Von Jahr zu Jahr schwindet in den einzelnen Betrieben, ob Großgrundbesitz, Mittel- oder Kleinbetrieb, die Grundlage des Wirtschaftens mehr und mehr dahin und steigt gerade in den Kleinbetrieben die Verelendung an. Der Strudel des Preiszusammenbruches in den letzten Jahren reißt alles mit sich.

Die Veröffentlichungen über Preise und Preisindexe für landwirtschaftliche Erzeugnisse zeigen immer nur die Entwickelung der Großhandelspreise, während die wirklichen Preise, die der Landwirt für seine Waren bekommt, nicht durch die amtliche Statistik erfaßt werden. Wie katastrophal diese Preisgestaltung für Erzeugnisse, besonders der bäuerlichen Veredlungswirtschaft, heute ist, zeigt nachstehende Aufstellung über den Verkauf eines Kalbes, die ein Prignitzer Bauer einer Berliner Zeitung eingesandt hat. Das 66 Pfund schwere Kalb erbrachte bei einem Preise von 0,22 Mk. für das Pfund insgesamt 14,52 Mk. Davon gehen ab:

Standgeld	0,70 Mk.
Streu	0,05 „
Treibergeld	0 50 „
Fuhrlohn	0.30 „
Wiegen	0,20 „
Fracht	2,15 „
Versicherung und Provision	0.85 „
Zusammen	4,75 Mk.

Ausgezahlt wurden also 9,77 Mark. Von dieser Summe müssen an baren Unkosten des Bauern 4 Mark Deckgeld abgesetzt werden. Rechnet man weiterhin nur acht Tage Milch für das Kalb, und zwar den Tag vier Liter und setzt den Liter Milch mit 0,10 Mark an, so hat der Prignitzer Bauer nur 2,57 Mark für sein Kalb bekommen. (Es fehlen hier noch vollständig die Anteile an den Generalunkosten des Betriebes.)

Dieses einfache Beispiel zeigt, besser als alle amtlichen Zusammenstellungen, die Katastrophenlage, in die die Landwirtschaft und besonders die bäuerliche Wirtschaft durch den Preiszusammenbruch im Laufe des letzten Jahres geraten ist.

Lokales.

Ramslau, den 10. Januar 1932.

= **Stadtverordneten-Versammlung.** In der am Montag, den 11. Januar 1932 um 19½ Uhr stattfindenden Stadtverordnetenversammlung werden folgende Vorlagen beraten werden: Feststellung des Nachfolgers für die verstorbene Stadtverordnete Frl. Schmidt. Beschlußfassung über Niederlegung des Amtes als Stadtverordneter durch den Telegraphenarbeiter Herrn Paul Wrobel und Feststellung des Nachfolgers. Einführung und Verpflichtung der neu eintretenden Stadtverordneten Herren Friseurmeister Ernst Gebel und Kreisausschußinspektor Paul Baumgart. Erstattung des Geschäftsberichtes durch den Herrn Schriftführer. Wahl des Vorstandes für 1932. Wahl der von der Versammlung eingesetzten Kommissionen für 1932. Kenntnisnahme von erfolgter Revision der Stadthauptkasse für Monat Oktober und November 1931. Kenntnisnahme von dem Geschäftsbericht der städtischen Betriebswerke für die Monate Juli/September 1931. Bericht über die unvermutete Revision der städtischen Betriebswerke durch den Sparkassenverband. Prüfung der Jahresrechnung der Kämmereikasse für 1930, Erteilung der Entlastung und Festsetzung der Prüfungsgebühr. Abrechnung der Kleinkammerofenanlage. Verkauf eines städtischen Grundstückes. Festsetzung der Vieh- und Krammärkte ab 1934. Feststellung des Voranschlages für Verwaltungskosten der Stadtsparkasse.

= **Einwohnerzahl der Stadt.** Im Vierteljahr Oktober—Dezember wurden gezählt 236 An- und 206 Abmeldungen, 19 Geburten, 22 Sterbefälle. Die Stadt hat nach dem Stande vom 31. Dezember 1931 6765 Einwohner.

= **Gefunden** zwei Schlüssel, ein Portemonnaie. **Abzuholen:** Rathaus — Zimmer 4.

= **Für die Inventur-Ausverkäufe** hat der Herr Regierungspräsident die Zeit vom 24. Januar bis 6. Februar freigegeben. Der Inventur-Ausverkauf darf nach der neuen Bestimmung zehn Werktage umfassen.

= **Geographie immer nötiger!** Der „Oberschlesische Anzeiger" schreibt: „Es vergeht fast kein Tag, an dem nicht immer neue Fälle bekannt werden, daß in den Amtsstuben schlesische Gemeinden und Städte oder gar ganze Landstriche in das Ausland verlegt werden; entweder nach der Tschechoslowakei oder noch häufiger nach Polen. Jetzt wird wieder ein Fall bekannt, daß die Kriminalpolizei in Düsseldorf die oberschlesische Regierungshauptstadt Oppeln nach Polen verlegt. Das betreffende Schreiben, in welchem Auskunft über eine bestimmte Person angefordert wird, und das an das Polizeipräsidium in Oppeln gerichtet war, erklärt, daß die betreffende Person in Oppeln, Staat Polen, geboren sei. Das vorgedruckte Wort Preußen ist dick durchstrichen, auch trug der Brief das Auslandsporto.

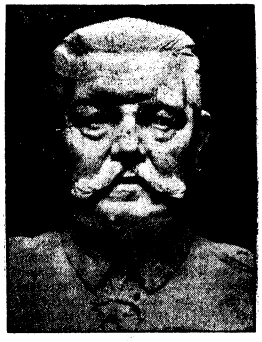
= **Keine Lohnsteuer-Erstattungen für 1931. Lohnsteuerpflicht von Nebeneinkünften.** Nach § 1 Kapitel I, vierter Teil der zweiten Verordnung des Reichspräsidenten vom 5. 6. 1931 — R.G.Bl. I S. 279 sind die Lohnsteuer-Erstattungen infolge Verdienstausfalls und besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse erstmalig für 1931 weggefallen. Es ist deshalb zwecklos, an die Finanzämter derartige Anträge zu stellen, weil diese unter Bezugnahme auf die angeführte Notverordnung abgelehnt werden müssen. Die Erlasse des Reichsministers der Finanzen, wonach Nebeneinkünfte aus ehrenund nebenamtlicher Tätigkeit bis zu 40,00 RM. monatlich, sofern sie nicht von demselben, den Hauptarbeitslohn zahlenden Arbeitgeber ausgezahlt werden, lohnsteuerfrei sind, sind aufgehoben. Nach einem Erlasse vom 28. 11. 1931 unterliegen die vorbezeichneten Nebeneinkünfte nur dann nicht dem Lohnsteuerabzug, wenn sie monatlich 10,00 RM. nicht übersteigen. Das Recht auf Erhöhung des Pauschsatzes für die Werbungskosten und Sonderleistungen bleibt bestehen. Die Anträge müssen aber rechtzeitig gestellt werden, weil der Arbeitgeber erst von dem Zeitpunkt ab den erhöhten Pauschsatz beim Lohnsteuerabzug berücksichtigen darf, an dem ihm die abgeänderte Steuerkarte vorgelegt wird.

= **Preußisch-Süddeutsche Staatslotterie.** Die Staatliche Lotterie-Einnahme Haesler bittet uns, auf die baldige Erneuerung der Lose zur 4. Klasse ergebenst hinzuweisen. Ziehung 13. und 14. Januar.

Programm der Schlesischen Funkstunde.

Montag. 9,10: Schulfunk für Volksschulen: Wenn das Jagdhorn schallt. 15,25: Kinderfunk. 15,50: Das Buch des Tages. 16,05: Berdi, Konzert der Funkkapelle. 17,00: Kulturfragen der Gegenwart. 17,20: Blick in Zeitschriften. 17,40: Das wird Sie interessieren! 18,00: Zeitgenössische Autoren. 18,30: Fünfzehn Minuten Französisch. 18,45: Fünfzehn Minuten Englisch. 19,00: Wettervorhersage; anschließend: Abendmusik auf Schallplatten. 19,30: Luther und wir. 20,00: Sinfonie-Konzert. 21,00: Abendberichte I. 21,10: Aus Berlin: Wenn sie noch lebten. Heitere Begegnungen mit großen Männern. 22,00: Aus Amerika: Konzert. 23,00: Zeit, Wetter, Presse, Sport. 23,30: Aufführungen der Schlesischen Bühne. 23,35: Funktechnischer Briefkasten. 23,50: Funkstille.

Dienstag. 9,10: Schulfunk für höhere Schulen: Byzantinische Musik. 12,00: Was hat das abgelaufene Jahr der Landwirtschaft auf steuerlichem Gebiete gebracht? 15,25: Kinderfunk. 16,00: Das Buch des Tages. 16,15: Aus dem Kaffee „Vier Jahreszeiten", Breslau: Unterhaltungskonzert. 17,15: Technisches für die Hausfrau. 17,35: Rechtsfragen des täglichen Lebens. 17,55: Das wird Sie interessieren! 18,15: Stunde der werktätigen Frau: Die Werktätige im „möblierten" Zimmer. 18,40: Wettervorhersage; Die Landwirtschaft an der Jahreswende, von Reichsminister Dr. Schiele; anschließend: Kleines Konzert. 19,30: Strömungen im Protestantismus von Pfarrer Walter Schwarz. 20,00: Auch nach Berlin: Kean oder Genie und Irrsinn. 20,50: Abendberichte I. 21,00: Aus Operetten, Unterhaltungskonzert der Funkkapelle. 22,10: Zeit, Wetter, Presse, Sport. 22,35: Erlebnisse bei alpinen Skitouren. 22,50: Unterhaltungs- und Tanzmusik. 0,30: Funkstille.



Hindenburg-Büste für das Münchener Armeemuseum.

Der Münchener Bildhauer Prof. Georg Mattes hat eine Büste des Reichspräsidenten geschaffen, die demnächst im Münchener Armeemuseum zur Aufstellung gelangen wird.

Wünsche verpflichten.

Ein beginnender, neuer Zeitabschnitt läßt bekanntlich immer neue Hoffnungen und neue Wünsche wach werden. Wir stecken uns Ziele, wir wünschen die Verwirklichung von Plänen, wir haben die Hoffnung bei all unseren Unternehmungen vom Glück begünstigt zu sein! Doch, die Menschen glauben allemal, das Glück fällt ihnen in den Schoß, die Erfüllung ihrer Wünsche sei eine bare Selbstverständlichkeit, die ohne besonderes Zutun einfach eintreffen müsse. Weit gefehlt! Wünsche verpflichten, und zwar nicht erst, nachdem sie in Erfüllung gegangen sind, sondern schon von dem Moment ab, da sie ausgesprochen werden oder etwa nur gewagt werden. Unsere Energie, unser ganzes menschliches Dazutun ist erforderlich, um diesen Zielen und Wünschen Erfüllung zuteil werden zu lassen. Wir sind verpflichtet, alles daran zu setzen, diese Wünsche zu verwirklichen. Und wenn uns das schließlich geglückt ist, dann sind wir weiterhin verpflichtet, da müssen wir das Produkt unserer Wünsche, das wir einmal mit vielen Mühen und vieler Energie erworben haben, auch zu halten versuchen, denn hieße es nicht auf halbem Wege stehenbleiben, wenn die Erfüllung eines Wunsches nur einen Vorteil von Minuten oder Stunden in sich bergen würde? Gutbalett hat einmal gesagt:

„Willst Du erobern Dir Dein Glück,
Und kämpf darum
Und hast Du's fest,
Dann laß es nimmermehr zurück!"

Mit diesem schönen Spruch müssen wir es auch im neuen Jahre halten, wenn wir unsere Wünsche und Ziele in Erfüllung gehen lassen wollen!

Produktenmarktbericht.

Amtliche Notierungen der Breslauer Produktenbörse vom 9. Januar 1932. An der Börse im Großhandel gezahlten Preise für volle Wagenladungen, (Dellaaten in kleinen Mengen) in Reichsmark bei sofortiger Bezahlung nur für Kartoffeln gilt der Erzeugerpreis).

Weizen, Roggen, Hafer und Gerste	für 1000 kg — 1 Tonne
Oelsaaten, Hülsenfrüchte, Futtermittel, Mehl	„ 100 kg
Kämereien	„ 50 kg
	frachtfrei Breslau
Kartoffeln, Rauhfutter	„ 50 kg
	ab Erzeugerstation.

Tägliche amtliche Notierungen.

Getreide.

	9	8.
Weizen (schlesischer)		
Hektolitergewicht von 74,5 kg Durchschnitts-Qual. gesund und trocken	224.00	224.00
Hektolitergewicht von 78 kg gut, gesund u. trocken	228.00	228.00
Hektolitergewicht von 72 kg trocken für Müllereizwecke verwendbar.	214.00	214.00
Sommerweizen hart, glasig, 80 kg	—.—	—.—
Roggen (schlesischer)		
Hektolitergewicht von 71,2 kg Durchschnitts-Qual. gesund und trocken	199.00	199.00
Hektolitergewicht von 69 kg trocken für Müllereizwecke verwendbar.	196.00	196.00
Hafer, mittlere Art und Güte	142.00	142.00
Braugerste, feinste	176.00	176.00
gute	—.—	—.—
Sommergerste, mittlerer Art und Güte	164.00	164.00
Industriegerste	164.00	164.00
Wintergerste 63—64 kg „ „ „	—.—	—.—

Tendenz: Ruhiger.

Die Preise verstehen sich per 1000 kg waggonfrei Breslau in vollen 15 Tonnenladungen.

Elektrizitätsversorgung im Gebiete des Ueberlandwerkes Oberschlesien.

Das Ueberlandwerk Oberschlesien in Neisse (Uewo) nimmt in einer Beilage seines Nachrichtenblattes Stellung zu dem negativen Verlauf einer Verhandlung über eine neue Strompreisregelung. Die Verhandlung, die unter Vorsitz des Herrn Vizepräsidenten Fischer, Oppeln stattfand, ist mit Vertretern des Verbandes Oberschlesischer Genossenschaften geführt worden. Ohne uns mit dem eigentlichen Streitfall zwischen Uewo und dem Oberschlesischen Verband zu identifizieren, dem die Elektrizitäts-Genossenschaften im Kreise Namslau auch nicht angehören, können wir doch nicht umhin, zu dem Absatz 5 und 6 der Veröffentlichung des Uewo Stellung zu nehmen. Das Uewo schreibt:

Absatz 5: „Es muß festgestellt werden, daß das Uewo sich niemals ablehnend gegen eine Strompreisänderung verhalten hat. Es hat sich vielmehr seit Jahren immer und immer wieder bemüht, eine Strompreisänderung durchzusetzen."

Absatz 6: „Der zur Zeit gültige vertragliche Einheitsstrompreis ist seinerzeit auf das nachdrückliche Verlangen der Vertreter der Genossenschaftsverbände eingeführt worden, und zwar gegen die starken Bedenken des damaligen Leiters des KKD. Die Folge zeigte, daß diese Bedenken nur gerechtfertigt waren, denn unter der von den Genossenschaften gewünschten Regelung konnte sich die Elektrizitätswirtschaft nicht so entfalten, wie es im Interesse der Abnehmer nötig gewesen wäre."

Wir können heute nicht mehr mit Bestimmtheit sagen, ob die Vertreter der Genossenschaftsverbände seinerzeit nachdrücklichst den sogenannten Einheitstarif verlangten. Die damaligen Verhältnisse (1921/22) ließen auch der Markentwertung wegen eine genaue Kalkulation nicht zu. Kurz nach der Stabilisierung der Mark, seit dem Jahre 1924 haben wir und unsere Beratungsstelle den Einheitstarif stark bekämpft und Abänderung verlangt. Aus dem Protokoll über eine in den Räumen des Uewo am 26. Juli 1927 stattgefundenen Sitzung geht hervor, daß unser Vertreter von der Uewo gefordert hat, den Einheitspreis fallen zu lassen. Die Vertreter der Genossenschaftsverbände verlangten einen Grundgebührentarif, der die Einführung einer Grundgebühr nach dem Anschlußwert der Transformatoren Nennleistung vorsieht oder die Einführung eines Doppeltarifes, wie er vom Elektrizitätswerk Schlesien und vom Provinzial-Elektrizitätswerk angewandt wird.

Die Leitung des Uewo lehnte diese Anträge ab und stellte sich damit also in Widerspruch zu ihren jetzigen Ausführungen in Absatz 5.

Das Uewo machte einen Gegenvorschlag mit der Propagierung eines Grundgebührentarifes nach dem Areal, mußte aber später feststellen, daß die von den Vertretern der Genossenschaftsverbände gegen diesen Tarif vorgebrachten Bedenken zutreffend waren.

Am 20. Dezember 1927 hat unsere Beratungsstelle (Elektro-Wirtschaftsstelle des Schlesischen Landbundes, Breslau) dem Uewo ein Schreiben zugestellt und gegen das starre Festhalten des Uewo an dem Einheitstarif protestiert mit der gleichzeitigen Begründung, daß durch den Einheitstarif mit den in Rechnung gestellten Transformatorenleerlauf-Verlusten die Landwirtschaft von dem Bezuge elektrischer Energie für Dreschzwecke abgehen müßte. Tatsächlich ist es auch so gekommen. Im Kreise Namslau dreschen nur noch 2 Großbetriebe, und diese auch nur im Notfalle, unter Verwendung elektrischer Energie. In dem vergenannten Schreiben ist nochmals gebeten worden, die von den Genossenschaftsverbänden gemachten Vorschläge auf Aenderung des Preises zu prüfen, damit unangenehme Verhandlungen in der Strompreisfrage in Zukunft vermieden würden.

Es muß daher festgestellt werden, daß nicht, wie es das Uewo beliebt hinzustellen, die Genossenschaftsverbände die Schuldigen sind, sondern daß vielmehr die Schuld an den jetzigen Verhandlungen dem Uewo zuzuschreiben ist.

Letzten Endes kommt es ja nicht allein auf die Form des Tarifes an, sondern darauf, daß tatsächlich eine Verbilligung des Strompreises eintritt. Aber nach allen Erfahrungen, die wir in dieser Beziehung haben, hat das Uewo noch nicht den guten Willen gezeigt, die Strompreise zu verbilligen.

Das Uewo sagt in seinen weiteren Ausführungen, daß der Oberschlesische Verband die kategorische Herabsetzung des Einheitstarifes fordert, verschweigt aber dabei, daß diese Forderung auf Grund der Meistbegünstigungsklausel, die in den jetzt gültigen Verträgen enthalten ist, erhoben wird und dieser Weg zur Verbilligung des Strompreises im Augenblick der einzig gangbare ist.

Wir sind mit dem Uewo einer Meinung, daß die Ausbildung der Tarife eine eigene Wirtschafts-Wissenschaft geworden ist, nur hat das Uewo noch keinen Beweis dafür geliefert, diese Wissenschaft allein zu beherrschen. Es ist doch merkwürdig, wenn das Uewo den von ihr direkt versorgten Abnehmern einen billigeren Tarif zugesteht, als den genossenschaftlichen Abnehmern, gleichzeitig aber versichert, die Genossenschaften nicht ungerecht zu behandeln. Diese Angelegenheit wird ja in nächster Zeit durch ein inzwischen vom Oberschlesischen Verband eingeleitetes Schiedsgericht entschieden werden.

Der Schlußsatz des Uewo in seinem Rundschreiben lautet: „Zweck des Uewo ist nicht Kampf gegen die Genossenschaften, sondern die möglichst billige Versorgung des letzten Abnehmers mit elektrischem Strom. Es wird deshalb mit jeder Stelle gern zusammenarbeiten, die ihm auf diesem Wege durch sachliche Vorschläge und Mitarbeit hilft. Uewo ist allerdings der Meinung, daß — ohne damit einen Vorwurf zu verbinden — die Genossenschaften, deren Aufgaben und Verdienste auf anderen Gebieten liegen, nicht imstande sind, eine moderne, allen Teilen gerecht werdende Elektrizitäts-Wirtschaft zu treiben".

Das Uewo läßt bei seiner Meinung über eine moderne Elektrizitäts-Wirtschaft außer Acht, daß eine solche von Seiten der Elektrizitäts-Genossenschaften erst betrieben werden kann, wenn von Seiten des Uewo den Elektrizitäts-Genossenschaften der Tarif, der seit Jahren von diesen gefordert, zugebilligt wird.

Sachliche Vorschläge sind mehrfach von den Beratungsstellen im Einvernehmen mit den genossenschaftlichen Stromverbrauchern gemacht worden. Das Uewo hat diese abgelehnt. Somit sind wir allerdings der Meinung, daß es dem Uewo zunächst darauf ankommt, die Genossenschaften zu zerschlagen. Es wird daher Aufgabe der Verbände sein, das zu verhindern, andererseits wird es immer mehr dringende Pflicht der Genossenschaften, fest zu ihrem Verbande zu stehen.

Gleichzeitig erscheint es aber auch für das Uewo unerläßlich, nicht Mitteilungen in die Oeffentlichkeit zu geben, die den Tatsachen stark zuwiderlaufen. Das ohnehin geringe Vertrauen gegenüber dem Uewo in Stadt und Land wird dadurch vollends untergraben. Nicht allein die ländlichen Genossenschaften sondern auch die Städte im Bezirke des Ueberlandwerkes führen denselben Kampf, der in dieser Form nur notwendig ist im Bezirke des Uewo, das sich als ein „gemeinnütziges kommunales" Kraftwerk bezeichnet.

Kreis-Elektrizitätsgenossenschaft Namslau
eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Wohnungs-Ummeldungen.

Nach den Vorschriften der Meldepolizeiverordnung ist jeder Wohnungsumzug innerhalb der Stadt binnen 1 Woche dem Einwohner-Meldeamt — Rathaus, Zimmer 5 — zu melden. Säumige werden hiermit bei Strafnachlaß aufgefordert, die bisher unterlassene Ummeldung sofort nachzuholen.

Namslau, den 5. Januar 1932.

Der Bürgermeister als Ortspolizeibehörde.
Dr. Lober.

Am 9. Januar 1932 verstarb nach längerer Krankheit, wohlversehen mit den Gnadenmitteln unserer hl. Kirche, mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel, der

Schmiedemeister i. R.

August Pusch

im Alter von fast 69 Jahren.

Dies zeigt tiefbetrübt im Namen der trauernden Hinterbliebenen an:

Dammer, den 11. Januar 1932.

Theresia Pusch
geb. Schimpfke.

Beerdigung Mittwoch, vormittags 1/2 10 Uhr vom Trauerhause aus.

Vereinigung der Kunstfreunde von Oels und Umgebung e.V.

Freitag, den 22. Januar 1932, 20 (8) Uhr
in den Oelser Stadtsälen

Gastspiel des Breslauer Stadttheaters

Cavalleria rusticana

Melodram in 1 Akt. Dem gleichnamigen Volksstück von G. Verga entnommen von G. Targioni-Tozetti und G. Menasci. Musik von Pietro Mascagni.

Der Bajazzo

Drama in 2 Akten und einem Prolog.
Musik und Dichtung von Ruggiero Leoncavallo.

Eintrittspreise einschl. Garderobe:
für Mitglieder gegen Abgabe des Gutscheins 4: 0.80—3.50 RM.
für Nichtmitglieder: 1.20—4.50 RM.

Vorverkauf in der Buchhandlung **Geschw. Rösch.**

M. Brockmanns Vieh-Lebertran-Emulsion

Bei Krampf, Lähme Steifbeinigkeit der Ferkel
gebe man **M. Brockmanns**
Osteosan.
Ferner empfehle ich sehr preiswert
Ia goldgelben Viehlebertran.
Oscar Tietze, Germania-Drogerie.

Werbt für das Namslauer Stadtblatt.

2. Hochschulvortrag

der Universität Breslau

Donnerstag, den 14. Januar d. Js., 20 Uhr
im Grimm'schen Saale

Universitätsprofessor **Dr. Dürken:**

Der gegenwärtige Stand der menschlichen Vererbungslehre und die Eugenik.

Mit Lichtbildern.
Eintritt frei!

Magistrat. Volksbildungsverein.

Bühnenvolksbund.

Montag, den 18. Januar, abends 8 Uhr
im Grimm'schen Saale

Der rasende Sperling
oder
Straßenmusik.

Komödie in 3 Akten von **P. Schurek.**

1. Platz 1.50 Mk., 2. Platz 1.25 Mk., 3. Platz 1.— Mk., Stehplatz 75 Pfg.; Schüler 50 Pfg.

Vorverkauf: Zigarrengeschäft **Haesler.**

Pensionär-Verein.

Mittwoch, den 13. Januar, nachmittags 4 Uhr im Weideschlößel

Versammlung.

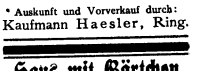
Hierzu werden die Mitglieder erg. eingeladen mit der Bitte um vollzähliges Erscheinen. **Wiese,** Vorsitzender.

Roggen-, Weizen-, Gersten- und Haferstroh

in Bindladen gepreßt, gibt ab
Gutsverwaltung Minkowsky.

Zwangsversteigerungen.

Es werden öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert: **Dienstag, den 12. Januar 10 Uhr** im **Weideschlößel 1 Mahagonischrank, 2 Arbeitspferde und einige Arbeitswagen, 1 Klavier, u. a. m.**
Reimann, OGerVollz.



* Auskunft und Vorverkauf durch:
Kaufmann Haesler, Ring.

Gänsefedern

gibt billig ab
Kegel, Obischau.

Haus mit Gärtchen

4—6 Zimmer zu mieten gesucht. Evtl. Kauf nicht ausgeschlossen. Offerten mit näheren Angaben, Mietszins, Preis usw. unter L. 1 an die Geschäftsstelle des Stadtblattes.

Drucksachen für Familienfestlichkeiten: Einladungen, Hochzeitslieder, Dankkarten

fertigt schnell, sauber und preiswert
Namslauer Druckerei-Gesellschaft m. b. H